

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pf.

Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-Mittstadt  
Postfachstelle und Expedition: Osterbachstraße 2  
Dresden-Altstadt  
Telefon-Nr. 17989 • Postfach-Nr. 17989  
Dresden-Altstadt Nummer 18558, Emil Schlegel

Organ der KPD.  
Sektion der Kom. Intern. (Bezirk Ostachsen)

Schriftleitung: Dresden-Alt., Osterbachstraße 2  
Verantwortlicher: Amt Dresden Nummer 17268 • Postfach-Nr. 17268  
„Arbeiterstimme“ Dresden • Erscheinungstage der Schriftleitung:  
Wochentags nachmittags von 8-8 Uhr (außer Sonnabende);  
Sonntags nachmittags von 8-8 Uhr (außer Sonnabende)

Belegpreis für den Monat frei ins Haus 2 RM.  
Abrechnung: 1. März; nach die Post bezogen monatlich 2 RM.  
(ohne Postgebühren) • In jedem Heftes Gebot befindet sich  
eine Karte zur Bestellung der Zeitung oder zur Abrechnung des  
Abonnements • Einheitspreis: 10 Pf. • Postgebühren für  
Ausland: 10 Pf. • Einheitspreis: 10 Pf. • Postgebühren für  
Ausland: 10 Pf.

Dresden  
Mittwoch, 20. Januar 1926

Anzeigenpreis:  
Die normal gebildete Monatsbeilage über dem Text 0,30 RM.,  
für 6 Monatsbeilagen 0,30 RM., für die 12 Monatsbeilagen ausserhalb  
des Monatspreises 0,30 RM. • Anzeigen-  
preise nach Vereinbarung • 4 Uhr nachmittags in der Expedition

## Sächsische Demokraten im Luthertabinett

### Die neue Scharfmacherregierung des Bürgerblocks

Berlin, 20. Januar. (Eigener Drahtbericht.)  
Das Kabinett der Mitte unter der Führung Luther's  
am Abend gebildet worden, nachdem Hindenburg an  
den Vertretern der Volkspartei, der Demokraten, der Kom-  
munisten und des Zentrums einen letzten Appell  
zur Einleitung an diese Vertreter der Ausbeuterpartien  
gesendet hatte. Im Anschluß an diese Besprechungen der  
Sachverständigen bei Hindenburg legte Dr. Luther folgende  
Ministerliste vor:

Reichsminister: Dr. Luther, Außenminister: Dr.  
Brauns, Innenminister: Dr. Kütz, Finanz-  
minister: Dr. Reinhold, Wirtschaftsminister: Curtius,  
Reichswehrminister: Dr. Brauns, Justizminister: Warg,  
Reichswasserminister: Ceyler, Postminister: Beehr,  
Erziehungsminister: vorläufig noch angeordnet.

Die demokratische Reichstagsfraktion, die gestern in  
der Sitzung angenommenen Entschlüsse entsprechend,  
nach dem Einbruch der bayerischen Volkspartei nicht auf  
die Wahl zur Besetzung des Innenministeriums durch  
den Reichspräsidenten Rücksicht zu nehmen, hat, wie der  
„Dresdner Anzeiger“ heute früh berichtet, in ihrer Ab-  
sicht, die Besetzung des Innenministeriums durch  
den Reichspräsidenten durch die Angehörigen  
der KPD einzuwickeln und gab heute nach folgendes Com-  
munique aus:

Die Fraktion hält die von ihr geltend gemachten eigenen  
Ansprüche gegen die Art der Kabinettsbildung aufrecht. Sie  
wird insbesondere in der Berücksichtigung des gegen alle  
parlamentarischen Gepflogenheiten erhobenen, aus parteilichem  
Stolz hervorgehenden Einspruchs der bayerischen Volkspartei  
gegen die Ernennung des Reichspräsidenten eine  
klare Bestätigung der Reichspolitik. Sie hätte erwartet, daß  
er bei der Kabinettsbildung Verantwortung und die zugehörigen  
Funktionen in der Reichspolitik nachdrücklich zurückgewiesen hätten.  
Nachdem aber der Reichspräsident erklärt hat, dem Kabinett  
den Beitritt zu wollen und seinerseits den Eintritt in die  
Kabinette empfohlen hat und nachdem durch die Besetzung des  
Innenministeriums Dr. Kütz an seiner Stelle die Teilnahme eines  
Reichstagsmitgliedes gesichert ist, das den politischen Standpunkt  
der Fraktion vollständig in vollem Umfange teilt, nimmt die  
Fraktion die Bildung des vorgelegenen Kabinetts zu, damit im  
Interesse des Staates, der Wirtschaft und der Volkswirtschaft  
ein parlamentarischer Kabinettswechsel sofort zustande kommen kann.“

Die „Kölnische Rundschau“ schreibt heute morgen zur Kabi-  
nettsbildung: „Das zweite Kabinett Luther stellt sich also  
nach dieser Zusammenfassung als ein Kabinett der  
Reaktion dar, das vollkommen beherrscht ist von  
den Monarchisten und rücksichtslos arbeit-  
erfündenden Scharfmachern.“ Die „Leipziger  
Volkswacht“ hat absolut recht, wenn sie schreibt, es ist der  
Bürgerblock mit demokratischer Ein-  
wirkung. Er wird mit noch größerer Rücksichtlosig-  
keit das Nationalisierungsprogramm des Reichverbandes  
den Anhängern fördern. Der „Dresdner Anzeiger“ meldet  
zur Kabinettsbildung, daß am Donnerstag wahrscheinlich  
die Kabinettsbildung abgegeben wird, so daß am Son-

abend mit der Abstimmung über die Regierungserklärung  
gerechnet werden kann. Es ist mit aller Wahrscheinlichkeit  
anzunehmen, daß die Sozialdemokraten und auch der größte  
Teil der Deutschen durch die Zusammensetzung  
der Regierung der Mitte eine Mehrheit sichern werden, der  
nur etwa 80 Stimmen der Kommunisten und Wähler  
gegenüberstehen. Die KPD wird damit also, wie auch aus  
der „Dresdner Volkswacht“ nun gestern Abend zu ersehen  
ist, diesem Kabinett der Mitte die Existenz ermög-  
lichen und praktisch die Verantwortung für die Politik  
dieses Ausbeuterkabinetts übernehmen.

#### Dr. Kütz Minister für „Ruhe und Ordnung“

Nach der von der bürgerlichen Presse veröffentlichten Mi-  
nisterliste wird das Kabinett der Mitte in dem als Innen-  
minister vorgesehene Reichstagsmitglied Dr. Kütz, Dresden, ein  
wichtiges Mitglied dieses Ausbeuterkabinetts erhalten. Dr. Kütz  
war vor seiner Berufung als Bürgermeister von Dresden Ober-  
bürgermeister von Köln. Dort wurde er gegen den Vorsteh-  
ler Reichspräsident gewählt, den der reaktionäre Arbeiter-  
mann damals nicht bestätigt hätte. Kütz trägt die Verant-  
wortung für das Einrücken der Polizei gegen die Arbeiter-  
bewegungen 1922 in Jütten, bei der Totschlag und Ver-  
wundete nach der Polizeistunde die Arbeiter in Jütten be-  
trafen. In Dresden kam Kütz als Bürgermeister mit Hilfe der Sozial-  
demokraten aus Köln, die hinterher mit dem Bürgerblock  
einvernehmlich getrieben hatten, daß in den nächsten Bürgermeistern  
verhätten würden, wenn der zweite für die Demokraten vor-  
gesetzt bliebe. Als Finanzverwalter hat Kütz in Dresden als  
guter Vertreter der Kapitalisten gewirkt. In der Gewer-  
berichte zeigte er sich als Mann der Reue. Für alle re-  
aktionären Behauptungen hat er Geld übrig. Für das nation-  
alistische Eingreifen bemühte er 125 000 Mark und für die  
Fortschritte, den Fort der Reaktion, hat er eine Million  
Mark übrig. Dafür lebte er die Fortsetzungen der Kommuni-  
sten ab, außer der Reichsregierung, öffentliche Mittel für den  
Wohnungsbaus zu verwenden. Seine letzte Tat als Finanz-  
verwalter bestand darin, die hauswirtschaftlichen Mittel für  
Schule und Volkshochschule um ein Viertel zu kürzen. Er geht als  
würdiges Mitglied dieser Kapitalistenregierung nach Berlin.

#### Dr. Dehne Finanzminister in Sachsen?

Wie der „Dresdner Anzeiger“ heute morgen berichtet, wird  
nach der Berufung Reichsfinanzminister als Leiter  
des sächsischen Finanzministeriums der demokratische Land-  
tagsabgeordnete Ministerialdirektor a. D. der Gemeinde Dr.  
Dehne nachfolgend Dr. Reinhold werden. Mit der Berufung  
Dr. Dehnes wird die im Abbau begriffene sächsische Anstalts-  
verwaltung eine würdige Ergänzung erhalten. Dehne hat  
während der Periode der sächsischen Koalitionsregierung als  
einer der Hauptmänner des reaktionären Anstalts erwirkt. Durch  
Dr. Dehne fand die Integration der Koalitionsregierung eine  
ihre härtesten Stützen im Landtag. Die Berufung Dr. Dehnes  
als Leiter des Finanzministeriums bedeutet eine weitere Ver-  
stärkung der reaktionären Einflüsse der Bürgerlichen in der  
Regierung Sachsens.

## Der Druck der Arbeiter erzwingt die Einheitsfront!

Berlin, 20. Januar. (Eigener Drahtbericht.)  
Der sozialdemokratische Parteiausschuss, der in Berlin  
tagte, kam zu folgendem Beschluß:  
„Der Parteiausschuss richtet die Aufmerksamkeit an den Par-  
teivorstand und Reichsausschuss der sozialdemokratischen Reichs-  
tagfraktion, den vorgelegten Gesetzentwurf für einheitsfront-  
liche Vereinigung der bisher regierenden Parteien entsprechend  
den in der Beratung des Parteiausschusses vorgeschlagenen Be-  
schlüssen zu verabschieden und zwecks Herbeiführung eines  
Einheitsfrontes einzutreten. Der Gesetzentwurf der Kommu-  
nistischen Partei ist insbesondere, als erstes nicht auszuföhren  
zu lassen, die näheren Bestimmungen über Art der Verwendung  
des gemeinsamen Vermögens durch ein innerhalb bestimmter  
Zeitsfrist zu erlassendes Reichsgesetz getroffen werden sollen.  
Sollte es nicht geschehen, daß bei der Verwendung des ein-  
heitlichen Vermögens auch heftigste Opfer der Infanterie zu be-  
tragen haben. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund  
wird ersucht, sofort als vermittelnde Instanz einzutreten, um  
zu erreichen, daß nur ein Gesetzentwurf für Volksbegehren und  
Reichstagsbeschlüsse eingebracht wird. Der Allgemeine Deutsche  
Gewerkschaftsbund ist zu dieser Vermittlung berufen, weil es sich  
um wichtige sozialpolitische Fragen handelt und alle in Be-  
tracht kommenden politischen Kräfte in den Gewerkschaften  
vertreten sind. Die Aktion für ein Volksbegehren und einen  
Reichstagsbeschlusses wird von jeder beteiligten Organisation selbst  
geführt. Das gemeinsame Ziel ist die einheitsfrontliche  
Einigung der Parteien.“  
Dieser Beschluß des sozialdemokratischen Parteiaus-  
schusses, den wir als  
eine Etappe zur Bildung der Einheitsfront

ministische Initiative in der Frage der Fürstenabfindung  
ausgesprochen wurde. Die Kritik am kommunistischen Entwurf  
ist eine Art Rückzugsbedeutung, weil eine Verabschiedung  
nicht befürwortet, obwohl es nicht fördert die Einkerbung  
über den bisherigen Verlauf der Volksbewegung.

Es gibt aber auch, die proletarische Einheit gegen die  
Bürgerfront in diesem Kampf herzustellen. Die Einheitsfront  
keiner Position zwingt den „Vorwärts“ zu den Aus-  
führungen:  
„Daran wünscht der Parteivorstand, daß jede Organisation  
den Kampf für das gemeinsame Ziel selbständig führt. Es geht  
kein Beispiel nicht, daß die Sozialdemokratische Partei Ber-  
lin in diesem Kampf, in denen Kommunisten leben, um über  
die Sozialdemokraten zu gewinnen. Sozialdemokraten gehören  
in sozialdemokratische Reihen, nicht in kommunistische,  
sozialdemokratische Einheitsfronten gehören unter den gemeinsamen  
Entwurf der aus der vermittelnden Aktion der Gewerkschaften  
herauszugehen soll, nicht unter den kommunistischen.“

Wir sind überzeugt, daß die sozialdemokratischen Ar-  
beiter diesen geradezu sinnlosen Standpunkt gründlich ver-  
werfen werden. Es darf bei der Durchführung dieser Aktion  
nicht einer der Kommunisten mit Erfolg durchzuführen  
Vorarbeit nicht zu Konkurrenzklängen kommen, sondern  
dieser Kampf muß dazu benutzt werden, eine breite Basis  
für die Bildung der proletarischen Einheitsfront im ganzen  
Reiche zu schaffen. Wir sind überzeugt, daß die sozialdemo-  
kratischen und parteilosen Arbeiter darin uns völlig zu-  
stimmen werden. Dem Kampf gegen die bürgerlichen Für-  
sten soll folgen die

## Der Etat des Freistaates Sachsen

Neue Lasten für die Steuerzahler

R. R. Am kommenden Donnerstag wird der Finanz-  
minister seine Entschlüsse bekanntgeben. Die kommunistische Pres-  
se hat verlangt, daß diese Regierung nicht mehr über  
den Etat reden, sondern zum Teufel gehen lasse. Die Kom-  
munisten verlangen deswegen, daß am Donnerstag zuerst  
über den Aufstellungsantrag der Kommunisten verhandelt  
werde. In noch größerer Nähe wie bisher haben die Ar-  
beiter Sachsens, insbesondere die SPD-Arbeiter, die Auf-  
hebung dieses Landtages gefordert. Die KPD-Fraktion ver-  
langte, daß die Vertreter im Landtag diesen Forderungen  
Rechnung tragen. Würde der Antrag auf Auflösung ange-  
nommen, dann wäre das ganze Verbot zum Etat über-  
führt. Jedoch die Parteien der Koalition, einschließlich  
der Deutschen, haben noch nicht die Absicht, den  
Forderungen der Arbeiter Rechnung zu tragen. Sie lehnten  
deshalb die Forderung der Kommunisten, am Donner-  
stag den Aufstellungsantrag zu behandeln, ab. So wird  
dann der Finanzminister Reinhold zum Etat reden. Schon  
in Artikeln in der Zeitung und auch in den Bemerkungen  
des Etats soll den Sachsen klar gemacht werden, daß der  
Etat baldigst. In Wirklichkeit aber, wie haben schon  
einmal darauf hingewiesen, handelt es sich nicht um die  
Finanzhebung von Zahlungen auf viele Jahre. So steht  
neben dem ordentlichen Haushaltsplan, der mit 316 431 000  
Reichsmark Einnahmen und Ausgaben balanciert wird,  
ein außerordentlicher Etat, in dem 25 710 000 Reichsmark  
als Schulden offen stehen. Dazu kommt, daß für eine An-  
zahl Ausgaben am Teilbetriege eingestellt sind. So sind für  
den Bau der Staatsstraßen 10 000 000 Reichsmark ein-  
gesetzt. In Wirklichkeit kostet der Bau 60 Millionen Mark.  
Der Betrag soll über 6 Jahre verteilt werden. In Dresden  
soll eine staatliche Fernsprechanlage gebaut werden, zu  
welchem Zwecke, ist noch schwer ersichtlich. Wir vermuten,  
daß sich unter dem harmlosen Namen die von Köhn lange  
geplante Polizeiarmanlage versteckt. Für diese sind  
200 000 Reichsmark eingestellt. Im ganzen kostet die Anlage  
775 000 Mark. So macht die Regierung, um ihren Etat zu  
balancieren, Schulden auf die Zukunft. Des weiteren  
werden eine Anzahl Ausgaben aus dem ordentlichen in  
den außerordentlichen Etat verweisen. So 4 Millionen für  
Umbau von Schulhäusern. Die Kosten für unord-  
entlich geforderte Ausgaben werden auf 1 050 480 Mk. beschränkt, so  
daß jede Verbesserung der sozialen Ausgaben von Anfang  
an abgelehnt werden soll. Ein Betrag für eventual-  
notwendige Beibehaltung ist überhaupt nicht ein-  
gesetzt. Andererseits sind aber die zu erwartenden Zusam-  
mungen aus dem Reich so hoch eingestellt, daß es sehr frag-  
lich ist, ob diese wirklich in der angelegten Höhe eingehen.  
Die Regierung erwartet an Steuererhöhungen  
101 030 000 Mk., das sind 11 800 000 Mk. mehr als im Vor-  
jahre. Aber auch an Landessteuern sollen 10 350 000 Mk.  
mehr herausgebracht werden wie im Jahre 1925. Aus der  
Kürzung der Staatsvermögen sollen 5 502 800 Mk. mehr  
fließen. Um auszureichen, legt die Regierung den Anteil  
des Staates an der Aufwertungsteuer von 10 auf 11  
herauf. Bisher bekam der Staat von der Aufwertung-  
steuer 1/10 und die Gemeinden 9/10. Jetzt soll die Auf-  
wertungsteuer um 3 Prozent erhöht werden. Davon will  
der Staat denn 1 Prozent für sich erfassen. Durch die oben  
angeführten Maßnahmen und durch die Vergrößerung der  
Beamtenstellen sollen dann die Zuschüsse um 18 Millionen  
Mark herabgesetzt werden. Insgesamt werden 68 Beamten-  
stellen eingespart.

Die Bilanzierung des Etats soll also erreicht werden  
auf Kosten der Steuerzahler und durch den Abbau von Be-  
amten und Angestellten, sowie durch Umgruppierung der  
Ausgaben auf den außerordentlichen Etat. Gewiß verliert  
die Regierung, überall die Ausgaben etwas herabzusetzen.  
Bedeutend ist aber, daß gerade bei den sozialen Ausgaben  
gespart wird. Dagegen sind die Ausgaben für die Kirche  
erhöht worden. Die Evangelische Kirche erhält 850 630 Mk.,  
das ist 73 615 Mk. mehr als im Vorjahre, und auch die  
katholische Kirche bekommt ein Mehr von 224 100 Mk. Der  
gewaltige Unterschied in den Ausgaben für die Polizei und  
Gerichte einerseits und die Sozialfürsorge andererseits bleibt  
auch in diesem Etat unverändert bestehen. Für die Ge-  
richte werden ausgegeben 33 853 000 Mk., für die Polizei  
45 174 250 Mk. Dagegen für die Heil- und Pflegeanstalten  
nur 10 261 250 Mk., für das Landesgesundheitsamt gar nur  
110 620 Mk., für öffentliche Gesundheitspflege 240 110 Mk.,  
für Rechtspolizei 498 060 Mk. und für die Frauen-  
kliniken in Dresden, Leipzig und Zwickau (Krankenhaus)  
3 406 500 Mk.

Zu der oben angeführten Schuldenlast von 27 710 000  
Mark im außerordentlichen Etat kommen noch hinzu an  
schwebenden Schulden 2 257 008 Mk. Von einem Balan-  
zieren des Etats kann man also sicherlich nicht sprechen. Die  
angewendeten Ausgaben sind außerordentlich hoch. Die „Ge-  
sundheitswirtschaft“, von der das sächsische Bürgerium  
dauernd reißt, ist im Grunde eine Bankrottwirtschaft. Aber  
das Bürgerium ist zufrieden, weil die Kosten der Kapital-  
kosten erspart wurden. Daß dabei durch die Umwertung  
die Ausgaben für die Altersrentenanstalt um 168 600 Mk.

WATER  
SCHANKE  
Küchel-  
schlucht  
Herrn!  
fuss  
SLUB  
Wir führen Wissen.